Neue Freie Presse
15. II. 1915.

Maßnahmen zur Approvisionierung Wiens.

Wien, 15. Februar.

Die Handelspolitische Kommission der Stadt Wien, welche mit Kriegsbeginn ihre Arbeiten eingestellt hatte, hat ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Freitag den 12. d. fand in der Handels- und Gewerbekammer eine Sitzung der fünften Sektion, in deren Kompetenz die Approvisionierung der Stadt Wien fällt, statt.

Vorsitzender Vizebürgermeister Hoß hielt dem früheren Referenten der Approvisionierungssektion Sekretärstellvertreter Dr. Hermann v. Sauer, der auf dem Schlachtfelde gefallen ist, einen ehrenden Nachruf.

Vor Eingehen in die Tagesordnung fragt Gemeinderat Dr. Klotzberg, ob dem Vorsitzenden bekannt ist, daß das Ausfuhrverbot für Fasane, Rebhühner usw. nach der Schweiz und anderen Ländern aufgehoben werden soll.

Frau Freund-Markus bemerkt ergänzend hiezu, daß auch an die Aufhebung des Ausfuhrverbotes von Gänsen und Gansleber gedacht werde.

Kommerzialrat Taussig weist darauf hin, daß in den letzten Tagen die Beschlagnahme sämtlicher in den Wiener Lagerhäusern befindlichen Hafermengen erfolgt sei. Die Wiener Pferdebesitzer werden binnem kurzem nicht imstande sein, sich Futter für ihre Pferde zu verschaffen. Er erbittet die schleunigste Intervention des Bürgermeisters in dieser Angelegenheit.

Kammersekretär-Stellvertreter Dr. Ziegler erstattet sodann einen eingehenden Bericht über die Beschaffung der nötigen Mengen von Surrogatmitteln zur Mehlmischung und Broterzeugung, insbesondere die Beschaffung von Maismehl (Trocknung von Neumais durch Brauereien, Mälzereien usw.). Durch die Vorschrift einer 50prozentigen Beimengung von Surrogatmehlen bei der Broterzeugung ist auch die Beschaffung des hiefür fast ausschließlich in Betracht kommenden Maismehles dringend geworden. Bei der Annahme einer Volkszahl von 22 Millionen in Oesterreich (Cisleithanien exklusive der vom Feinde besetzten Gebiete) und eines Brot- und Mehlbedarfes im Minimum von 10 Kilogramm per Kopf und Monat läßt sich bis zur nächsten Ernte ein Monatsbedarf von 2·2 Millionen Zentner, also 1·1 Millionen Zentner Brotgetreide und 1·1 Millionen Zentner Mais berechnen, was einen Tagesbedarf von 366 Waggons Mais ergibt. Mahlfähiger Altmais kommt nur sehr wenig mehr in Betracht und Neumais muß, um schon vor Mai laufenden Jahres mahlfähig zu werden, künstlich getrocknet werden. Infolge Fehlens derartiger Anlagen hat die Wiener Kammer im Wege der bestehenden Fachorganisationen bei den Brauereien, Malzfabriken, Spiritusbrennereien und Preßhefefabriken in Oesterreich eine Rundfrage eingeleitet, als deren Resultat sich ergeben hat, daß mit den dort vorhandenen und zur Verfügung stehenden Dörranlagen täglich zirka 200 Waggons Mais, also etwas mehr als die Hälfte des Tagesbedarfes, getrocknet werden können. Die erste Voraussetzung dafür wäre natürlich, daß die notwendigen Maisquantitäten auch tatsächlich der österreichischen Reichshälfte von Ungarn überlassen und auch die notwendigen Transportmittel zur raschen Herbeischaffung zur Verfügung gestellt würden. In dieser Richtung wäre bei der Regierung dringend vorstellig zu werden.

Kammerrat Lampl regt die Einführung von Approvisionierungszügen an.

Kommerzialrat Gibian verspricht sich den größten Erfolg von entsprechender Sparsamkeit und Einschränkung der Bevölkerung beim Verbrauche von Lebensmitteln.

Reichsratsabgeordneter Neumann entgegnet, daß ein sehr großer Teil der Bevölkerung durch die immer steigenden Lebensmittelpreise zu einer weitgehenden Einschränkung gezwungen wird. Es sei dringend notwendig, daß die Regierung endlich Abhilfe schafft.

Herr Matthias Eldersch meint, daß durch die Requisitionen der Militärbehörden in Wien die Zufuhr von Lebensmitteln nach Wien gefährdet werde. Aufgabe der Militärbehörde müßte es sein, die Requisitionen am Produktionsort, das heißt hauptsächlich in Ungarn, vorzunehmen.

Kammerrat Fritz Mendl hält die Sicherung der für den österreichischen Konsum notwendigen Quantitäten von Mais in Ungarn für äußerst dringlich, da die Gefahr vorliegt, daß zu große Mengen der Verfütterung zugeführt werden.

Kommerzialrat Taussig tritt dafür ein, daß zu den Beratungen der Regierungen über wichtige Approvisionierungsfragen Experten zugezogen werden.

Gemeinderat Partik weist darauf hin, daß durch die Höchstpreisverordnung der legitime Handel ausgeschaltet worden ist. Hiedurch sei ein Mangel an den Konsumplätzen herbeigeführt worden, der zu einer bedeutenden Preissteigerung geführt hat.

Gemeinderat Dr. Stich spricht sich für die beschleunigte Schaffung einer Organisation für die Verteilung des Getreides aus. In erster Linie wäre ein Monopol anzustreben und, falls dies nicht durchführbar sein soll, wäre die Kriegsgetreidegesellschaft ehestens zu aktivieren.

Frau Freund-Markus weist auf die Preissteigerung auf dem Kartoffelmarkte hin, die sich außerhalb der Höchstpreise entwickelt hat. Maßnahmen zur Sicherung des Kartoffelbedarfes seien dringend notwendig.

Reichsratsabgeordneter David regt an, die Regierung zu ersuchen, die Verhandlungen mit Ungarn mit aller Energie fortzusetzen und endlich einem befriedigenden Abschlusse zuzuführen.

Der Vorsitzende, Vizebürgermeister Hoß, teilt mit, daß von der Gemeinde Wien eine größere Menge Mais angekauft wurde, der nunmehr zur Vermahlung und in kurzer Zeit zur Verteilung gelangen soll. Er spricht die Hoffnung aus, daß die ungarische Regierung das notwendige Entgegenkommen beweisen und Oesterreich ebenso wie früher in Friedenszeiten auch jetzt mit den nötigen Lebensmitteln versorgen werde.